

Schaufuß 11-7



①

**Bei A. Stirn 2010 heißt es auf S. 139 f.:**

„Vor dem Hintergrund der wachsenden Versorgungsprobleme und des hohen Investitionsbedarfs der Industrie war das Ziel, den Staatshaushalt von jeder nicht unbedingt notwendigen Ausgabe zu entlasten, durchaus vernünftig. Bereits im September 1959 hatte Ulbricht zur 'strengsten Sparsamkeit' aufgerufen und gefordert, Investitionen stärker als bisher auf ihren ökonomischen Nutzen hin zu überprüfen. [...]

Gut zwei Monate vor Indienststellung der 'Fritz Heckert' rügte der SED-Chef den FDGB-Vorsitzenden Warnke: 'Wenn die Arbeitsproduktivität steigt, kann der FDGB auch mehr ausgeben. Aber momentan gibt der FDGB mehr an Vergünstigungen aus, als es die Steigerung der Arbeitsproduktivität zuläßt. Und was ist die Folge? Die Folge ist, dass der Finanzminister die Zuschüsse an den FDGB kürzt. [...]'<sup>2</sup>

In politischer Hinsicht, insbesondere im Hinblick auf die „Ökonomische Hauptaufgabe“ von 1958, kam Ulbrichts Kritik an den Kosten des Schiffsbetriebes jedoch dem Eingeständnis gleich, dass sich die materielle Basis der DDR für das ehrgeizige, letztlich mit Blick auf die Ost-West-Konkurrenz initiierte Modernisierungskonzept der SED-Führung als nicht tragfähig erwiesen hatte.“<sup>3</sup>

**Bei Th. Schaufuß 2011 heißt es auf S. 79:**

„Bereits in den Anfangsjahren der DDR machte sich angesichts der Diskrepanz zwischen dem politisch Wünschenswerten und dem wirtschaftlich Möglichen Ernüchterung breit, denn die materielle Basis des ehrgeizigen, mit dem Blick auf den Wettstreit der Systeme initiierten Modernisierungskonzepts erwies sich als nicht tragfähig.“<sup>4</sup>

Der hohe Investitionsbedarf der Industrie sowie der weitere Aufbau des Landes ließen die Staatsführung der DDR Ende der 1950er Jahre zu der Erkenntnis gelangen, den Staatshaushalt von nicht unbedingt notwendigen Ausgaben zu entlasten. Bereits im September 1959 hatte Walther [sic!] Ulbricht dazu aufgefordert, Investitionen stärker auf ihren ökonomischen Nutzen zu überprüfen.

Im Jahr des Mauerbaus 1961 rügte der Staats- und Parteichef den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Herbert Warnke: 'Wenn die Arbeitsproduktivität steigt, kann der FDGB auch mehr ausgeben. Aber momentan gibt der FDGB mehr an Vergünstigungen aus, als es die Steigerung der Produktivität zulässt. Und was ist die Folge? Die Folge ist, dass der Finanzminister die Zuschüsse an den FDGB kürzt.'“<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Quellenangabe bei mir: Tribüne v. 23.9.1959, S. 8.

<sup>2</sup> Quellenangabe bei mir: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.102/1, Bl. 29, Sitzung der Kommission Planung u. Finanzen beim Politbüro am 6. 2. 1961.

<sup>3</sup> Quellenangabe bei mir: Lemke, Einheit oder Sozialismus, S. 419.

<sup>4</sup> Quellenangabe bei Schaufuß: Vgl. Lemke, Michael: „Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961“, Köln, Weimar und Wien 2001, S. 419.

<sup>5</sup> Quellenangabe bei Schaufuß: Protokoll Sitzung der Kommission Planung und Finanzen beim Politbüro am 06. Februar 1961, Bestandssignatur DY 30, Archiv-Nr. IV 2/2.102, Blatt 29, Bundesarchiv Berlin.

**Bei A. Stirn 2010 heißt es auf S. 330f.:**

„Eine Reise in den Westen war in den achtziger Jahren immer noch etwas Außergewöhnliches, doch längst nicht mehr so selten wie in den sechziger und siebziger Jahren. Im letzten Jahrzehnt der DDR erhielten immer mehr DDR-Bürger unterhalb des Rentenalters die Gelegenheit zu einer Besuchs- oder, weitaus seltener, einer Urlaubsreise in die Bundesrepublik. 1985 gab es 139 000 solcher Besuchsreisen und 1986 mehr als 570 000. 1987 genehmigte die Volkspolizei noch einmal nahezu doppelt so viele Reisen in die Bundesrepublik. Fast 1,3 Millionen Menschen durften in diesem Jahr in den Westen fahren.<sup>6</sup> 1988 reisten 1,46 Millionen DDR-Bürger unterhalb des Rentenalters in die Bundesrepublik.<sup>7</sup>  
[...]

Allerdings weckte jedes Zugeständnis neue Begehrlichkeiten, vor allem bei der Masse der Menschen, die keine Verwandten in der Bundesrepublik besaß oder aus anderen Gründen keine Chance zum West-Reisen bekam. Immer mehr Menschen fragten in den achtziger Jahren direkt beim FDGB-Bundesvorstand nach Urlaubsreisen in westliche Staaten.<sup>8</sup>

**Bei Th. Schaufuß 2011 heißt es auf S. 134 f.:**

„Auch in den letzten Jahren der DDR-Geschichte blieb die Reise in den Westen etwas Außergewöhnliches, aber war längst nicht mehr so selten wie in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Mauerbau. So genehmigten die staatlichen Behörden im Jahr 1988 immerhin 1,3 Millionen DDR-Bürgern die Fahrt in den Westen.<sup>9</sup>

Selbst das DDR-Reisebüro und der Feriendienst der Gewerkschaften boten vereinzelt Reisen in diese Länder an, beispielsweise als Landgang in den Häfen der Mittelmeeranrainer für Passagiere einer DDR-Kreuzfahrt.<sup>10</sup>

Die Zugeständnisse weckten allerdings neue Begehrlichkeiten, die sich beispielsweise dahingehend äußerten, dass beim FDGB-Bundesvorstand Ende der 1980er Jahre immer mehr Anfragen nach Urlaubsreisen in westliche Staaten eingingen.“<sup>11</sup>

---

<sup>6</sup> Quellenangabe dazu: Hans-Hermann Hertle, Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 1997, S. 47 f.

<sup>7</sup> Quelle dazu: Süß, Staatssicherheit am Ende, S. 143.

<sup>8</sup> Quellenangabe dazu: Ebenda, Analyse der Abt. Feriendienst zur Arbeit mit den Eingaben v. 31. 1. 1989. [Ebenda bezieht sich auf die vorangegangene Anm. und SAPMO-BArch, DY 34/27643.

<sup>9</sup> Quellenangabe dazu: Vgl. Süß, Walter: „Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern“, Berlin 1999, S. 143.

<sup>10</sup> Quellenangabe dazu: Vgl. Stirn, Traumschiffe des Sozialismus, S. 330 f.

<sup>11</sup> Quellenangabe dazu: Vgl. Analyse der Abteilung Feriendienst zur Arbeit mit den Eingaben vom 31.01.1989, Bestandssignatur DY34, Archiv-Nr. 27643, Bundesarchiv Berlin.

**Bei Th. Schaufuß 2011 heißt es auf S. 151 f. unter der Überschrift „Außenpolitische Funktion“:**

„So kam es bei einer der ersten Mittelmeerkreuzfahrten 1960 nicht in erster Linie auf die Abwechslung an, die den Passagieren auf der Straße von Messina, entlang der Küste Siziliens, am Vesuv und bei Capri geboten werden sollte, sondern allein darauf, in italienischen Hoheitsgewässern Flagge zeigen zu können.<sup>12</sup>

Für die Auslandspropaganda sollten mehrsprachige Werbematerialien für die Verteilung in den angelaufenen Häfen hergestellt werden. Dort sollten zudem nach Möglichkeit Pressekonferenzen und Medienkontakte vom Erfolg des Sozialismus künden. So bemühte sich die Besatzung während der ersten Ostseekreuzfahrten insbesondere in Häfen der skandinavischen Ostseerainer um Honoratioren und lud sie zu Empfängen, Führungen und Gesprächen an Bord ein.<sup>13</sup>

SED und FDGB-Führung erhofften sich von den Fahrten der Urlauberschiffe nicht nur die Hebung des Ansehens bei der eigenen Bevölkerung, sondern insbesondere positive Effekte bei der Außenwahrnehmung der DDR. „Das FDGB-Urlauberschiff wird die Autorität unserer Republik im internationalen Maßstab stärken und zu ihrer Anerkennung beitragen“, formulierte der Gewerkschaftschef Warnke die hochgesteckten Erwartungen.<sup>14</sup>

**Bei A. Stirn 2010 heißt es auf S. 104 f. unter der Überschrift „Außenpolitische Propaganda vor dem Mauerbau:**

„Zweifelloser erhoffte sich die SED- und FDGB-Führung vor dem Mauerbau von den Fahrten der Urlauberschiffe nicht nur die Hebung ihres Ansehens bei der eigenen Bevölkerung, sondern ebenso einen positiven Effekt auf die Außenwahrnehmung der DDR. [...]

'Das FDGB-Urlauberschiff wird die Autorität unserer Republik im internationalen Maßstab stärken und zu ihrer Anerkennung beitragen', formulierte der FDGB kurz vor Indienststellung der „Völkerfreundschaft“ seine hochgesteckten Erwartungen.<sup>15</sup> Zugleich legte der FDGB konkrete Maßnahmen fest: 'Für die Auslandspropaganda sind mehrsprachige Werbematerialien über das FDGB-Urlauberschiff herzustellen. Ausserdem müssen auf dem Schiff vielfältige weitere geeignete Propaganda-Materialien für diesen Zweck vorhanden sein. Beim Anlegen in ausländischen Häfen sind Pressekonferenzen für die dortige Landespresse zu veranstalten.'<sup>16</sup>

Dass die 'Völkerfreundschaft' durch die Straße von Messina, entlang der sizilianischen Küste, am Vesuv und an Capri vorbeifuhr, wurde nicht in erster Linie mit der Abwechslung, die den Urlaubern während der langen Fahrt geboten werden sollte, begründet, sondern mit dem 'politischen Zweck, in den italienischen Hoheitsgewässern unsere Flagge zu zeigen.'<sup>17</sup> [...]

Der Kapitän der 'Völkerfreundschaft' beobachtete auf der ersten Ostseerundreise seines Schiffes, dass der FDGB sich in den sozialistischen Staaten weniger um die einheimischen Honoratioren bemühte als in den skandinavischen Häfen...<sup>18</sup>

<sup>12</sup> Als Quelle gibt Schaufuß an: Vgl. Bericht über die 4. Reise der Völkerfreundschaft vom 12.4.-27.4.1960, Bestandssignatur DY 34, Archiv-Nr. 37/71/6355, Bundesarchiv Berlin.

<sup>13</sup> Als Quelle gibt Schaufuß an: Beschluss des Sekretariats, Bundesvorstand FDGB, 25.1.1960, Bestandssignatur DY 34, Archiv-Nr. 24687, Bundesarchiv Berlin.

<sup>14</sup> Quellenangabe dazu: Bericht des Sekretariats des FDGB-Bezirksvorstands Rostock an das Büro der SED-Bezirksleitung vom 7.11.1959, Bestandssignatur DY 34, Archiv-Nr. 24687, Bundesarchiv Berlin.

<sup>15</sup> Quellenangabe zu diesem Zitat: SAPMO-BArch, DY 34/2590, Bericht des Sekretariats des FDGB-BezVSt Rostock an das Büro der SED-BL Rostock v. 7. 11. 1959.

<sup>16</sup> Als Quelle gebe ich: SAPMO-BArch, DY 34/24687, Beschluss des Sekretariats des FDGB-BV v. 25.1.1960.

<sup>17</sup> Als Quelle gebe ich an: SAPMO-BArch, DY 34/37/71/6355, Bericht über die 4. Reise der „Völkerfreundschaft“ 12.4.-27.4.1960.

<sup>18</sup> Quelle dazu: BStU, MfS, BV Rostock, Abt. Hafen, Arbeitsvorgang-Nr. 7491/60, Arch.-Nr. 516/67, Bl. 87, Reisebericht des Kapitäns der „Völkerfreundschaft“ v. 20.6.1960.

— Auf S. 50 schreibt Schaufuß z.B. (ohne " "):

"Unter dem Eindruck zunehmender wirtschaftlicher Schwierigkeiten begann dieses System jedoch zu erodieren und zentrale Regelungen wurden von den Betrieben nicht mehr vollständig umgesetzt oder auch ignoriert. Die betriebliche Sozialpolitik tendierte zunehmend zu betriebsegoistischen Lösungen."

Quellenangabe dazu: Vgl. Hübner, Peter: "Der Betrieb als Ort der Sozialpolitik in der DDR", in: Christoph Boyer und Peter Skyba (Hg.): Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der CSSR, Dresden 1999, S. 70 f.)

Bei Peter Hübner 1999, S. 70 f. steht:

"Unter dem Eindruck zunehmender Ressourcenverknappung begann dieses System jedoch zu erodieren. Die zentralen Regelungen wurden nicht mehr vollständig umgesetzt, teilweise auch ignoriert. Die betriebliche Sozialpolitik tendierte zunehmend zu betriebsegoistischen Lösungen."

— Auf S. 65 schreibt Schaufuß (wieder ohne " "):

"Somit ließ sich die Förderung des Urlaubs anhand einige vulgärwissenschaftlicher Parolen aus der Arbeitspsychologie und -physiologie durchaus mit den gebotenen Produktionssteigerungen vereinbaren." (Quelle dazu: "Vgl. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reiche, S. 184)

Bei Mason, S. 184 heißt es:

"Vor allem aber ließ sich die Förderung des Urlaubs anhand einiger vulgärwissenschaftlicher Parolen aus der Arbeitspsychologie und -physiologie durchaus mit den gebotenen Produktionssteigerungen vereinbaren..."

— Bei Schaufuß heißt es auf S. 128 (wieder ohne " "):

"Als institutionell nicht gebundener beziehungsweise individuell organisierter und gestalteter Reiseverkehr wurde die durch den Reisenden selbst organisierte Teilnahme am Tourismus verstanden, auch wenn einzelne Leistungen von Verkehrsträgern, Reisemittlern und ähnlichen Einrichtungen in Anspruch genommen wurden." (Quellenangabe dazu: "Vgl. Bähre, Tourismuspolitik, S. 176.)

Bei Bähre, S. 176 heißt es:

"Als individuell organisierter Tourismus wurde die durch den bzw. die Reisenden selbst organisierte Teilnahme am Tourismus verstanden, auch wenn einzelne Leistungen von Verkehrsträgern, Reisemittlern o.a. in Anspruch genommen worden sind."



3

[redacted] Hier noch ein bisschen mehr Stoff (dann werde ich aber gerne aufhören mit dem Suchen; es macht wirklich keinen Spaß):

— Schaufuß, S. 9:

„Letztendlich wurde der Verantwortungsbereich der Gewerkschaften von der Propagierung des sozialistischen Wirtschaftsmodells auf die Mitverantwortung für die Planerfüllung und Rentabilität der Betriebe und die Planerfüllung ausgedehnt.“

(Quellenangabe dazu: <sup>ohne " "</sup>Vgl. Werum, Gewerkschaftlicher Niedergang, S. 222)

Werum, S. 222:

„Die Wirtschaftsprogrammatik des FDGB wurde an seine Einbindung an die Planwirtschaft angepasst, wobei die Verantwortungsbereiche der Gewerkschaften von der Propagierung des neuen Wirtschaftssystems auf ihre Mitverantwortung [bei?] der Rentabilität der Betriebe und der Planerfüllung ausgedehnt wurde.“

— Schaufuß S. 224 (Schlußbetrachtung):

„Die DDR-Führung hat sich stets als Gleichheitsgarant verstanden. Sie erstickte ältere vermögens-, einkommens- und besitzbestimmte Ungleichheitsbeziehungen. Außerdem bekämpfte sie Ungleichheiten, die aus Bildungsdifferenzen resultierten und moderierte jene, die aus notwendiger Elitenbildung konstituiert wurden. Professionsbezogene Differenzen sind hierdurch, politisch gewollt, deutlich reduziert worden. Im Ergebnis war die DDR arm an klassischen Verteilungskonflikten, denn die Differenz der Lebensweisen blieb bemerkenswert gering.“

<sup>sonst</sup> (ohne Quellenachweis / auf S. 223 wird eine Zeile wörtlich zitiert und dazu als Quelle angegeben: Kleßmann, Christoph und Arnold Sywottek (sic!): „Arbeitergeschichte und DDR-Geschichte. Einige Bemerkungen über Forschungsperspektiven“, in: Peter Hübner und Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiter in der SBZ-DDR, Essen 1999, S. 897-905, hier S. 897.)

Kleßmann, Sywottek in Hübner, Tenfelde (Hg.), S. 891:

„Hingegen verstand sich die DDR-Führung von Anfang an und – auch wenn es wiederholt Ansätze zur sozialen Differenzierung etwa nach 'Leistungsträgern' gab – niemals nachlassend als Gleichheitsgarant. Sie zerstörte oder erstickte ältere vermögens-, einkommens- und besitzbestimmte Ungleichheitsbeziehungen, und sie bekämpfte jene, die aus überkommenen Bildungsdifferenzen und moderierte jene, die aus notwendiger Elitenbildung konstituiert wurden. Sie baute auch professionsbezogene Differenzen (zwischen den Branchen, den Berufen) möglichst ab. Im Ergebnis blieb die Differenz der Lebensweisen bemerkenswert gering.“

— Schaufuß; S. 57:

„Die spezifische Struktur dieser Gesellschaft entzog wirtschaftliche Entscheidungen in hohem Maße den Kriterien von Rationalität und ordnete sich politischen Zielen und Opportunitäten unter. Das System verweigerte sich dabei nicht den Interessen der Bevölkerung, aber die Regierenden versuchten, diese zu beeinflussen und zu lenken.“

<sup>0211</sup>  
(Quellenangabe dazu: Vgl. Steiner, André: „Zwischen Frustration und Verschwendung“, in: Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren, Köln u.a. 1996, S. 26-36, hier S. 21 ff. [sic!])

André Steiner ebd., S. 21:

„Die spezifische Struktur dieser Gesellschaft entzog solche Entscheidungen aber in hohem Maße den Kriterien wirtschaftlicher Rationalität und ordnete sie politischen Zielen und Opportunitäten unter. [...] Außerdem konnten sich die Zentralbehörden im Interesse der Machtstabilität auch nicht ganz und gar den Bedürfnissen und Interessen der Bevölkerung verweigern. Sie versuchten diese zu beeinflussen und zu 'lenken'!“

  
P.S: Was ist eigentlich "polarexistentiell"? Ich bin kein Gastrounernehmer, aber das Wort kannte ich dennoch nicht.